WARUM SETZT SICH DIE CARITAS FÜR DEN KLIMASCHUTZ EIN?

„Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise. Die Wege zur Lösung erfordern einen ganzheitlichen Zugang, um die Armut zu bekämpfen, den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzugeben und sich zugleich um die Natur zu kümmern.“ (LS, 138) Immer wieder macht Papst Franziskus in seiner Enzyklika Laudato Si deutlich, warum eine **sozial gerechte Klimapolitik** ein zentrales Kernanliegen der Caritas ist: Soziale und ökologische Gerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille. Von daher ist ein Umdenken aus theologischer und sozialpolitischer Sicht ein Kernanliegen der Caritas – und dringend notwendig.

Das wird deutlich beim Blick auf die bisherige Klimapolitik in Deutschland: Diese bevorzugt vor allem die Mittel- und Oberschicht sowie die Industrie – obwohl **einkommensschwächere Haushalte** um ein Vielfaches weniger klimaschädlich leben und deutlich stärker von den negativen Folgen des Klimawandels betroffen sind. Schafft es die Politik nicht, **soziale Gerechtigkeit** als Grundlage für Klimapolitik heranzuziehen, hat das gravierende Folgen für den sozialen **Zusammenhalt** – der ein mindestens so wichtiger Pfeiler für unsere **Demokratie** ist wie die Wirtschaft.

- Menschen am Rand der Gesellschaft sind national und international vom Klimawandel am stärksten betroffen – für sie ist die Caritas Anwältin und politisches Sprachrohr.
- Lasten und Chancen der Transformation müssen sozial gerecht verteilt werden, sonst ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet.

KLIMA-TEAM IM DEUTSCHEN CARITASVERBAND
Irene L. Bär – Astrid Schaffert – Martin Herceg

So erreichen Sie uns:
klimaschutz@caritas.de, Tel. 0761 200-223

Herausgeber:
Deutscher Caritasverband e. V.
Bereich Organisation, Strategie und Theologie
Karlstr. 40, 79104 Freiburg
www.caritas.de
Stand: Juli 2021

Gestaltung: Simon Gümpel, Freiburg
Druck: Hofmann Druck
100 % Recycling-Papier mit dem Blauen Engel
Kompensiert mit der Klima-Kollekte

FORDERUNGEN FÜR SOZIAL GERECHTEN KLIMASCHUTZ

ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

www.klima.caritas.de

WARUM IST DIE BUNDESTAGSWAHL 2021 EINE KLIMAWAHL?

Klimaschutz wird das entscheidende Thema des Bundestagswahlkampfs 2021.

Alle Parteien und Politiker_innen – auch solche, die bislang einen großen Bogen um Klimapolitik gemacht haben – sind gefordert, Strategien, Visionen und Lösungswege zu präsentieren für die **Transformation** hin zu einem klimaneutralen Deutschland.

Diese jedoch kann nur gelingen und auf **gesellschaftliche Akzeptanz** stoßen, wenn sie sozial gerecht gestaltet wird – und die Lasten und Chancen fair verteilt werden.

Genau hier wollen wir als Caritas die Stimme erheben, uns für unsere Klient_innen einsetzen – und dafür sorgen, dass einkommensschwächere Haushalte nicht noch stärker als bisher zu **Verlierern des Klimawandels** werden.

- Nach dem Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts stehen Parteien in der Pflicht, mit glaubwürdiger Klimapolitik und Visionen in den Wahlkampf zu gehen.
- Klimaschutz hatte noch nie so hohe Priorität bei den Wähler_innen.

WAS TUT DIE CARITAS FÜRS KLIMA?

Mit über 25.000 Diensten und Einrichtungen erzeugt die Caritas einen **gewaltigen ökologischen Fußabdruck**: Der große Bestand an Sozialimmobilien und Fahrzeugen, aber auch die Beschaffung von Energie und Lebensmitteln wirken sich hier aus.

2020 haben die höchsten Verbandsgremien den Beschluss gefasst, dass die Caritas **bis 2030 klimaneutral** werden soll. Hierzu müssen Caritasverbände in ganz Deutschland zeitnah massiv investieren, beispielsweise in die Modernisierung des Immobilienbestands und die Umrüstung der Mobilität. Um Hilfe bei diesem Transformationsvorhaben zu erhalten, steht die Caritas in engem **Austausch** mit Bundesministerien und den Akteuren und Partnern aus dem Bereich der Sozialwirtschaft.

Außerdem gibt es bereits Caritas-Standorte, die **innovative Lösungen** hin zur Klimaneutralität vorantreiben. Dieses Know-how soll genutzt und zugänglich gemacht werden. Extremwetterereignisse und Klimaveränderungen bedrohen das Leben vieler **Menschen im globalen Süden**. Das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, Caritas international, ist hier in der Katastrophenhilfe und -vorsorge aktiv.

- Die Caritas in Deutschland hat beschlossen, ihre 25.000 Dienste und Einrichtungen bis 2030 klimaneutral betreiben zu wollen.
- Umstellung von Fahrzeugflotten im Bereich der ambulanten Pflege hin zur E-Mobilität erfolgt bereits in größerem Umfang.
- Kooperationen und Austausch mit anderen Verbänden und Bundesministerien wurden gestartet.

FORDERUNGEN ZUR BUNDES-TAGSWAHL 2021

FORDERUNG I

CO_2-PREIS ANHEBEN – MIT SOZIALEM AUSGLEICH!

Die Emission von Treibhausgasen wird nur dann im notwendigen Maß sinken, wenn sie deutlich teurer wird. Daher setzt sich die Caritas für einen kontinuierlich **steigenden CO_2-Preis** ein, der im Jahr 2030 bei mindestens 180 Euro pro Tonne liegen muss.

Das durch die Bepreisung eingenommene Geld soll als **Klimageld** (oder Pro-Kopf-Klimadividende) vollständig an jeden in Deutschland gemeldeten Menschen ausgezahlt werden. Zusätzlich fordern wir die Einrichtung eines **Ausgleichsfonds** zur Abwendung besonderer sozialer Härten. Außerdem darf das Klimageld nicht mit Fürsorgeleistungen verrechnet werden.

DAS BEDEUTET IN DER PRAXIS:

Bei einer Besteuerung von 180 Euro pro Tonne CO_2 angerechnet auf den derzeitigen CO_2-Ausstoß Deutschlands (ca. 800 Millionen Tonnen) ergäbe sich eine Summe von 140 Milliarden Euro durch CO_2-Bepreisung.

Aufgeteilt auf die Gesamtbevölkerung (ca. 83 Millionen Menschen) ergibt dies rechnerisch ein Klimageld von ca. **150 Euro pro Person pro Monat**. Für eine vierköpfige Familie macht das bis zu 600 Euro im Monat.

FORDERUNG II

KLIMASCHÄDLICHE SUBVENTIONEN ABBAUEN!

Der deutsche Staat gibt jährlich knapp 50 Milliarden Euro für nachweislich klimaschädliche Subventionen aus.

Allein durch den **Abbau der zehn relevantesten** klimaschädlichen Subventionen können wir Emissionen in Höhe von fast 100 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalent (CO_2e) pro Jahr einsparen. Zum Vergleich: Dies entspricht in etwa den jährlichen CO_2e-Emissionen **des gesamten Pkw-Verkehrs** in Deutschland. (96 Millionen Tonnen CO_2e).

Zudem bieten die Subventionen **Fehlanreize** auf den Sektoren Energie, Verkehr und Landwirtschaft und stehen somit der ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft entgegen.

Die Caritas fordert den **Abbau** unter sozialen Gesichtspunkten, beginnend mit dem Abbau der Steuervorteile für **Dienstwagen**, der Reform für Strompreisausnahmen der **Industrie**, dem Abbau der Energiesteuervergünstigung **Diesel** und der Besteuerung des internationalen **Luftverkehrs**.

DAS BEDEUTET IN DER PRAXIS:

Die private Dienstwagennutzung würde sich finanziell nicht mehr lohnen, Diesel-Kraftstoff würde im Preis deutlich steigen und die Anschaffung neuer **Dieselfahrzeuge** verhindert werden. Außerdem würden die **Preise für Flüge** deutlich steigen und der **Innovationsdruck** auf die Industrie zunehmen, künftig energieeffizienter zu arbeiten.

Nicht zuletzt hätten alle Maßnahmen zur Folge, dass **Preise für die Endverbraucher_innen** auf dem Binnenmarkt, aber auch im Export steigen – mit der Folge, dass die **Konsumbereitschaft** sich verändert.

FORDERUNG III

KLIMAFREUNDLICHE INFRASTRUKTUR DEUTLICH AUSBAUEN!

Wer steigende Energiepreise fordert, muss auch dafür sorgen, dass **klimaschonende Alternativen** zur Verfügung stehen. Beim Ausbau **klimafreundlicher Infrastruktur** herrscht in Deutschland jedoch ein massiver Investitionsstau (Energieinfrastruktur, Bahn, ÖPNV). Dieser muss rasch abgebaut werden.

Die Caritas fordert, dass die hierzu erforderlichen Mehrausgaben durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen finanziert werden sollen. Außerdem müssen grundlegende Bereiche der Daseinsvorsorge durch **öffentliche Investitionen** und Förderungen klimaneutral bereitgestellt werden.

DAS BEDEUTET IN DER PRAXIS:

Damit der Umstieg von Berufspendler_innen auf den öffentlichen **Nah- und Fernverkehr** gelingen kann, muss dieser ausreichend ausgebaut und darf nicht zu teuer sein. Erst dann haben Haushalte eine Alternative zum Auto mit Verbrennungsmotor und werden durch höhere CO_2-Preise nicht belastet.

Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist folglich die Grundlage von sozialer und ambitionierter Klimapolitik. Damit profitieren **alle Bevölkerungsgruppen**, insbesondere auch die einkommensschwächeren.

BEI DER BUNDESTAGSWAHL ENTSCHEIDEN WIR ÜBER UNSERE ZUKUNFT.

Tragen Sie dazu bei, dass sozial gerechter Klimaschutz eine Stimme bekommt!